

PLENARVERSAMMLUNG VOM 6. JUNI 2025

Erfolgsgeschichte Interreg Oberrhein zukunftsgerichtet und nachhaltig fortführen

Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung vom 6. Juni 2025 und auf Vorschlag des Vorstands,

1. betont die essentielle Rolle der Kohäsionspolitik für das weitere Zusammenwachsen der Europäischen Union. Sie trägt wesentlich dazu bei, regionale Ungleichheiten zu verringern, den sozialen Zusammenhalt zu fördern sowie Wettbewerbsfähigkeit, Fortschritt und Wohlstand in Europa zu stärken;
2. hebt das im Rahmen der Kohäsionspolitik durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung geförderte Programm Interreg Oberrhein hervor. Als Schlüsselinstrument für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein zwischen Deutschland (Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) , Frankreich (Région Grand-Est und Collectivité européenne d'Alsace) und der Nordwestschweiz (Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Jura) verbessert das Programm die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in der Grenzregion, verbessert deren Mobilität, fördert die Forschung und Innovation und stärkt die Wirtschaftskraft sowie den grenzübergreifenden Arbeitsmarkt;
3. erinnert an die zahlreichen seit 1989 am Oberrhein durch Interreg geförderten Projekte, die eine Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung in der Region darstellen. Durch innovative Forschungs- und Transferprojekte wird die Oberrhein-Region als Vorreiter in wichtigen Zukunftsthemen positioniert;
4. verweist auf seine langjährige Unterstützung des Programms mittels zahlreicher Resolutionen sowie seiner Mitarbeit in dessen Programmgerien;
5. betrachtet daher mit Sorge die Mitteilung der Europäischen Kommission mit dem Titel „Der Weg zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen“ (COM(2025) 46 final) vom 11. Februar 2025, in der eine Restrukturierung des EU-Haushalts verbunden mit der Zentralisierung von Mitteln in Plänen pro Mitgliedstaat vorgesehen ist. Dies hätte wesentliche negative Auswirkungen auf bisherige Grundprinzipien der territorialen Zusammenarbeit in der Kohäsionspolitik wie Partnerschaftsprinzip, ortsbezogenem Ansatz und geteilter Mittelverwaltung;
6. spricht sich für eine konsequente Fortführung und Verstärkung der in den Europäischen Verträgen niedergelegten Kohäsionspolitik für alle Regionen aus, um regionale Unterschiede zu verringern und eine ausgewogene Entwicklung in der gesamten EU zu fördern. Hierzu gehört auch die verstärkte Unterstützung für Grenzregionen durch das

Programm Interreg mit möglichst niederschweligen Antrags- und Umsetzungsmodalitäten, insbesondere bei Kleinprojekten.

7. fordert daher ausdrücklich die Fortführung des durch die Région Grand Est verwalteten Interreg-Programms Oberrhein und appelliert an die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten, die Mittel dafür im nächsten EU-Budget sicherzustellen und gegebenenfalls zu erhöhen. Auch die Rolle der Forschung und Wissenschaft soll in solchen Programmen durch angewandte Forschungsprojekte sowie Projekte im Bereich des Wissens- und Technologietransfers, welche auch die Wirtschaft der Regionen weiterbringen, wichtig bleiben.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- in Frankreich:
 - die Abgeordneten der *Assemblée nationale* aus dem Oberrheinraum
 - das Außenministerium
 - die Präfektur der Region Grand Est
 - die Region Grand Est
 - die Europäische Gebietskörperschaft Elsass
- in Deutschland:
 - die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus dem Oberrheinraum
 - das Auswärtige Amt
 - die Landesregierung Baden-Württemberg
 - die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- in der Schweiz:
 - das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten
 - die Nordwestschweizer Regierungskonferenz
- auf grenzüberschreitender Ebene:
 - die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (zur Kenntnis)
 - den Deutsch-Französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zur Kenntnis)
 - die Oberrheinkonferenz (zur Kenntnis)
 - den Interregionalen Parlamentarierrat (zur Kenntnis)
- auf europäischer Ebene:
 - die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus dem Oberrheinraum
 - die Europäische Kommission
 - den Europäischen Ausschuss der Regionen